

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **A**

BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 1

Gebiet und Bevölkerung

V. Staatsangehörigkeit

1972



Bestellnummer: 200150 — 720000

VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ

Erschienen im Dezember 1973

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis DM 1,-

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	4
Tabellenteil	
1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1972 nach Ländern	7
2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1972 nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern.	7
3. Eingebürgerte Personen 1972 nach Rechtsgrund und Ländern	8
4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des 2. StaRegG 1972 nach Ländern	10

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik für das Jahr 1972. Die Übersichten sind aufgrund der Erhebungen der Innenminister und -senatoren der Länder und des Bundesverwaltungsamtes zusammengestellt worden.

In den Tabellen 1 und 3 werden die Personen nachgewiesen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung, in Tabelle 4 durch Erklärung erworben haben. Im Berichtsjahr 1972 erfolgten die Einbürgerungen überwiegend aufgrund einer der zwei nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Bestimmungen:

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913
(RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8.9.1969
(BGBI. I S. 1581)

§ 8

Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist¹⁾, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er

1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig sein würde oder der Antrag in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 2 Satz 2 von seinem gesetzlichen Vertreter oder mit dessen Zustimmung gestellt wird,
2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,
3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und
4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

Vor der Einbürgerung ist über die Erfordernisse unter Nr. 2 bis 4 die Gemeinde des Niederlassungsortes und, sofern dieser keinen selbständigen Armenverband²⁾ bildet, auch der Armenverband²⁾ zu hören.

1) Hinsichtlich der Zuständigkeit der Einbürgerungsbehörden siehe §§ 17 und 27 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22.2.1955.-
2) Jetzt "Träger der Sozialhilfe" gemäß Bundessozialhilfegesetz vom 30.6.1961 i.d.F. vom 18.9.1969.

§ 9

(1) Ehegatten Deutscher sollen unter den Voraussetzungen des § 8 eingebürgert werden, wenn

1. sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit verlieren oder aufgeben und
2. gewährleistet ist, daß sie sich in die deutschen Lebensverhältnisse einordnen,

es sei denn, daß der Einbürgerung erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere solche der äußeren oder inneren Sicherheit sowie der zwischenstaatlichen Beziehungen entgegenstehen.

(2) Die Regelung des Absatzes 1 gilt auch, wenn die Einbürgerung bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode des deutschen Ehegatten oder nach Rechtskraft des die Ehe auflösenden Urteils beantragt wird und dem Antragsteller die Sorge für die Person eines Kindes aus der Ehe zusteht, das bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(3) Minderjährige stehen Volljährigen gleich.

Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StaRegG) vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65)

§ 6

(1) Wer aufgrund des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, muß auf seinen Antrag eingebürgert werden, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet.

(2) Mit der Unanfechtbarkeit des die Einbürgerung ablehnenden Bescheides verliert der Antragsteller die Rechtsstellung eines Deutschen.

Bei den Einbürgerungen wird ferner unterschieden nach:

1. Einbürgerungen aufgrund des § 13 RuStAG

Diese Vorschrift regelt die Wiedereinbürgerung von nicht im Inland lebenden ehemaligen Deutschen oder ihren Abkömmlingen

2. Einbürgerungen aufgrund der §§ 8, 9 und 11 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Nach diesen Bestimmungen können bzw. müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten Voraussetzungen eingebürgert werden

3. Einbürgerungen aufgrund von § 12 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Einen Anspruch auf Einbürgerung hatten früher deutsche Staatsangehörige, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten haben. Bis zum 31.12.1970 stand auch den Abkömmlingen dieser Personen ein solcher Anspruch zu.

4. Einbürgerungen aufgrund von Artikel 116 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)

Die Vorschrift besagt, daß frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag wieder einzubürgern sind.

5. Einbürgerungen aufgrund von § 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942 (RGBl. I S. 40)

Nach dieser Vorschrift kann ein Ausländer auch ohne Begründung einer Niederlassung im Inland eingebürgert werden.

Das Zweite StaRegG vom 17. Mai 1956 (BGBl. I S. 431) regelt die Staatsangehörigkeitsfragen, die sich aus dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 ergeben haben, und gewährt bestimmten Personen das Recht auf rückwirkenden Erwerb bzw. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung.

1. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen
sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1972 nach Ländern

Bearbeitende Dienststelle	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen		Staatsangehörigkeits- urkunden für Deutsche	
	insgesamt	darunter ausgestellte Einbürger- ungsur- kunden	insgesamt	darunter Staatsange- hörig- keits- ausweise
Innenminister bzw. -senator des Landes, Bundesverwaltungsamt				
Schleswig-Holstein	215	128	1 053	875
Hamburg	847	643	2 093	994
Niedersachsen	789	667	3 196	2 698
Bremen	155	104	292	224
Nordrhein-Westfalen	2 875	2 177	6 467	5 032
Hessen	1 407	847	3 324	2 665
Rheinland-Pfalz	880	505	3 466	3 151
Baden-Württemberg	5 430	3 095	86 080	81 729
Bayern	4 610	3 023	152 167	148 603
Saarland	309	309	1 522	1 391
Berlin (West)	870	808	1 978	1 457
Bundesverwaltungsamt	258	231	2 195	44
Insgesamt	18 645	12 537	263 833	248 863

2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1972 nach neuen
Heimatstaaten sowie nach Ländern

Neuer Heimatstaat	Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen												durch Bundes- verwal- tungsamt
	ins- gesamt	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land	Ber- lin (West)	
Belgien	83	-	1	1	-	39	-	-	2	-	1	1	38
Frankreich	4	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-
Großbrit.u.Nordirl.	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	2
Italien	2	-	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Luxemburg	45	-	-	-	-	4	2	23	1	3	4	-	8
Niederlande	6	-	-	-	-	2	-	2	-	1	-	-	1
Österreich	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Polen	2	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
Schweiz	6	-	-	2	-	-	-	-	-	1	-	-	3
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kanada	3	-	1	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-
Vereinigte Staaten von Amerika	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatenlos	8	-	-	-	-	1	1	-	1	-	-	5	-
Ungeklärt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige	16	-	2	2	1	7	-	3	1	-	-	-	-
Insgesamt	182	-	5	5	1	55	4	30	9	6	5	10	52

3. Eingebürgerte Personen 1972

Personen- gruppe 1)	ins- gesamt	Einbürgerung und zwar auf Grund							
		§ 8	§ 9	§ 13	§ 1 der VO vom 20.1.42 -R.G.B.I. S. 40-	Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG	§ 6	§ 8	Abs. 1 § 9
		RuStAG			des (1.) StaRegG vom				
		1	2	3			7	8	9
					5	6			10
Männer	81	25	44	-	-	-	12	-	-
Frauen	46	26	12	1	-	-	7	-	-
Jugendliche	6	-	-	-	-	-	6	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	82	82	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	215	133	56	1	-	-	25	-	-
									Schleswig-
Männer	304	111	52	2	-	25	107	2	-
Frauen	227	81	4	2	-	11	122	1	-
Jugendliche	119	-	-	-	-	-	119	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	197	185	-	2	-	10	-	-	-
Zusammen	847	377	56	6	-	46	348	3	-
									Han-
Männer	286	98	80	-	-	7	97	4	-
Frauen	184	64	14	-	-	-	102	3	-
Jugendliche	99	-	-	-	-	-	98	1	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	220	220	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	789	382	94	-	-	7	297	8	-
									Nieder-
Männer	53	18	27	-	-	2	5	-	-
Frauen	33	16	9	-	-	1	6	-	-
Jugendliche	7	-	-	-	-	-	7	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	62	59	-	-	3	-	-	-	-
Zusammen	155	93	36	-	3	3	18	-	-
									Bre-
Männer	1 055	277	292	2	-	23	458	1	-
Frauen	742	201	25	6	-	24	483	1	-
Jugendliche	364	-	-	-	-	-	360	4	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	714	700	-	1	-	13	-	-	-
Zusammen	2 875	1 178	317	9	-	60	1 301	6	-
									Nordrhein-
Männer	549	183	122	1	-	25	204	-	4
Frauen	337	110	21	1	-	22	173	-	2
Jugendliche	151	-	-	-	-	-	151	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	370	357	-	-	-	12	-	-	1
Zusammen	1 407	650	143	2	-	59	528	-	7
									Hes-
Männer	316	38	94	1	-	6	175	2	-
Frauen	220	29	6	-	-	6	178	1	-
Jugendliche	132	-	-	-	-	-	132	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	212	212	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	880	279	100	1	-	12	485	3	-
									Rheinland-
Männer	2 045	302	362	3	-	16	1 328	31	-
Frauen	1 415	220	72	2	1	14	1 085	18	-
Jugendliche	998	-	-	-	-	-	981	17	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	972	615	341	-	-	16	-	-	-
Zusammen	5 430	1 137	775	5	1	46	3 394	66	-
									Baden-
Männer	1 762	306	443	3	-	11	980	5	2
Frauen	1 340	247	189	2	1	9	879	3	4
Jugendliche	778	-	-	-	-	-	773	3	1
Jugendl.u.Heranzwachs.	730	625	98	2	-	5	-	-	-
Zusammen	4 610	1 178	730	7	1	25	2 632	11	6
									Bay-
Männer	103	33	48	-	-	3	17	1	-
Frauen	65	32	9	2	-	-	21	-	-
Jugendliche	9	-	-	-	-	-	9	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	132	127	-	2	-	3	-	-	-
Zusammen	309	192	57	4	-	6	47	1	-
									Saar-
Männer	369	101	102	5	-	74	72	2	-
Frauen	240	71	21	11	-	51	68	3	-
Jugendliche	34	-	-	-	-	-	33	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	227	202	-	-	1	24	-	-	-
Zusammen	870	374	123	16	1	149	173	5	-
									Berlin
Männer	119	-	-	8	5	60	-	-	12
Frauen	123	-	-	17	16	40	6	-	16
Jugendliche	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	16	-	-	1	-	12	-	-	3
Zusammen	258	-	-	26	21	112	6	-	31
									Bundesver-
Männer	7 042	1 492	1 666	25	5	252	3 455	48	18
Frauen	4 972	1 097	382	44	18	178	3 130	30	22
Jugendliche	2 697	-	-	-	-	-	2 669	25	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	3 934	3 384	439	8	4	95	-	-	4
Insgesamt	18 645	5 973	2 487	77	27	525	9 254	103	44

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranzwachsene solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. - 2) I.d.F. des Art. III des 3. StaRegG vom 19.8.1957.

nach Rechtsgrund und Landern *)

run- gen von		Von den Einbürge- run- gen waren		Von den Eingebürgerten waren			Personen- gruppe 1)
§ 11	§ 12 ²⁾	Ermessens- : Anspruchs- einbürgerungen		frühere deutsche Staats- ange- hörige	heimatlose Ausländer (Ges. v. 25.4.1951- BGBI. I S. 269)	ausländische Fluchtlinge nach dem Abkommen vom 28.7.1951- BGBI. II/53 S. 559 -	
		Spalten 2, 3, 4, 5 und 9	Spalten 6-8 und 10 - 12				
22.12.1955							
11	12	13	14	15	16	17	
Holstein	-	69	12	2	16	3	Männer
-	-	39	7	11	11	1	Frauen
-	-	-	6	-	-	-	Jugendliche
-	-	82	-	-	5	4	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	-	190	25	13	32	8	Zusammen
burg	-	165	139	66	27	8	Männer
-	5	87	140	82	31	2	Frauen
-	6	-	119	-	-	-	Jugendliche
-	-	187	10	3	20	10	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	-	439	408	151	78	20	Zusammen
sachsen	11						
-	-	178	108	12	17	7	Männer
-	1	78	106	17	3	2	Frauen
-	-	-	99	1	-	-	Jugendliche
-	-	220	-	-	5	3	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	1	476	313	30	25	12	Zusammen
men							
-	1	45	8	7	2	3	Männer
-	1	25	8	11	6	-	Frauen
-	-	-	7	2	-	-	Jugendliche
-	-	62	-	-	8	3	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	2	132	23	20	16	6	Zusammen
Westfalen							
-	2	571	484	58	38	40	Männer
-	2	232	510	106	10	10	Frauen
-	-	-	364	4	-	-	Jugendliche
-	-	701	13	-	24	12	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	4	1 504	1 371	168	72	62	Zusammen
sen							
-	10	310	239	36	43	59	Männer
-	8	134	203	40	14	18	Frauen
-	-	-	151	-	-	-	Jugendliche
-	-	358	12	-	22	29	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	18	802	605	76	79	106	Zusammen
Pfalz							
-	-	133	183	8	19	23	Männer
-	-	35	185	31	10	9	Frauen
-	-	-	132	-	-	-	Jugendliche
-	-	212	-	-	11	32	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	-	380	500	39	40	64	Zusammen
Württemberg							
-	3	667	1 378	48	53	27	Männer
-	2	295	1 120	77	27	4	Frauen
-	-	-	998	4	-	-	Jugendliche
-	-	956	16	1	59	21	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	5	1 918	3 512	130	139	52	Zusammen
ern							
-	8	753	1 009	40	112	60	Männer
-	5	443	897	83	50	14	Frauen
-	2	-	778	2	-	-	Jugendliche
-	-	725	5	1	68	27	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	15	1 921	2 689	126	230	101	Zusammen
land							
-	1	81	22	3	1	6	Männer
-	1	43	22	9	1	1	Frauen
-	-	-	9	-	-	-	Jugendliche
-	-	129	3	-	1	4	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	2	253	56	12	3	11	Zusammen
(West)							
1	12	208	161	89	4	2	Männer
-	15	103	137	110	2	-	Frauen
-	-	-	34	-	-	-	Jugendliche
-	-	203	24	-	-	-	Jugendl.u.Heranzwachs.
2	27	514	356	199	6	2	Zusammen
waltungsamt							
-	16	25	94	56	-	-	Männer
-	12	45	78	42	-	-	Frauen
-	-	-	-	-	-	-	Jugendliche
-	-	4	12	-	-	-	Jugendl.u.Heranzwachs.
-	28	74	184	98	-	-	Zusammen
samt							
1	58	3 205	3 837	425	332	238	Männer
-	53	1 559	3 415	619	165	61	Frauen
1	2	-	2 697	13	-	-	Jugendliche
-	-	3 839	95	5	223	145	Jugendl.u.Heranzwachs.
2	113	8 603	10 042	1 062	720	444	Insgesamt

4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch
Erklärungen auf Grund des 2. StaRegG 1972 nach Ländern

Personen- gruppe 1)	Erklärungen auf Grund	Erteilte Urkunden über den	
	des 2. StaRegG vom 17.5.1956	Erwerb der deutschen Staatsan- gehörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand d. deutschen Staatsange- hörigkeit (§ 6)
	des 2. StaRegG		
Bayern			
Männer	1	1	-
Frauen	2	2	-
Jugendliche	-	-	-
Jugendlich und Heranwachsende	-	-	-
Zusammen	3	3	-
Berlin (West)			
Männer	1	1	-
Frauen	3	3	-
Jugendliche	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-
Zusammen	4	4	-
Insgesamt			
Männer	2	2	-
Frauen	5	5	-
Jugendliche	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-
Insgesamt	7	7	-

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranwachsende solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.